

## Cum-Ex-Geschäfte Parlament prüft dubiose Aktiendeals

Die Opposition im Bundestag lässt einen Untersuchungsausschuss einrichten, um die Verantwortung der Regierung für dubiose Aktiengeschäfte von Investoren zu klären. Bei sogenannten Cum-Ex-Geschäften wurde der Staat in den vergangenen Jahren um viele Milliarden Euro geprellt, weil er die Kapitalertragsteuer für die umstrittenen Geschäfte

rund um den Dividendenstichtag doppelt erstattet hatte. Die Finanzexperten von Grünen und Linken gehen davon aus, dass die Regierung trotz vieler Hinweise auf diese Praktiken zehn Jahre lang keine geeigneten Gegenmaßnahmen ergriffen hat, um das Steuerschlupfloch zu stopfen. „Wir wollen die politischen Fehler aufarbeiten und somit die Steuerzahler in Zukunft besser vor Betrügereien schützen“, so Grünen-Finanzexperte Gerhard Schick. gt

## Siemens Aus für Notrufleitstellen

Siemens zieht sich aus dem Markt für Notrufleitstellen zurück, mit denen Rettungsdienste, Feuerwehren und die Polizei ihre Einsätze koordinieren. Grund sei die strategische Neuausrichtung des Konzerns und die damit verbundene Konzentration auf Industrieleitstellen, so ein Konzernsprecher. Rund 40 „BOS“-Kunden, also „Be-

hörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“, benutzen in Deutschland die Siemens-Leitstellensoftware Siveillance Command. Zu den Kunden zählen etwa Köln, Freiburg und Essen. Einige Leitstellen sind noch nicht lange in Betrieb, weshalb sich Frust bei den betroffenen Betreibern breit macht. Die müssen jetzt neue Anlagen kaufen und ihre Mitarbeiter neu schulen. Siemens erklärt, man werde alle Verträge erfüllen. mum

## Lufthansa „Irgendwann kommt man ans tote Ende“

**Nicoley Baublies**, 42, Chef der Kabinengewerkschaft UFO, über die Gründe für den bislang längsten Streik in der Lufthansa-Geschichte

**SPIEGEL:** Herr Baublies, können Sie nachvollziehen, dass viele Lufthansa-Kunden das Wort „Streik“ nicht mehr hören wollen?

**Baublies:** Natürlich. Wir haben uns nicht umsonst in den vergangenen zwei Jahren bewusst zurückgehalten, obwohl auch bei uns Arbeitskämpfe möglich gewesen wären.

**SPIEGEL:** Die Lufthansa hat zuletzt angeboten, all Ihre Forderungen zu erfüllen ...

**Baublies:** ... so scheint es – das war jedoch an die Bedingung geknüpft, dass die klas-

sische Passagiersparte Jets abgibt und weiter schrumpft. **SPIEGEL:** Was planen Sie?

**Baublies:** Die erste Streikwelle hat am Freitagnachmittag in Frankfurt und Düsseldorf begonnen. München bleibt wegen der Herbstferien bis Sonntag erst einmal außen vor. Ab Montag geht es dann bis Freitag richtig los. Wo und wann genau, werden wir kurzfristig mitteilen.

**SPIEGEL:** Was ist mit den Konzernablegern wie Germanwings oder Cityline?

**Baublies:** Die sind nicht betroffen. Es geht nur um die Ruhestands- und Frühverrentungsansprüche in der klassischen Lufthansa-Passagiersparte.

**SPIEGEL:** Sie haben die Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) noch vor Kurzem wegen ihrer zahlreichen Streiks heftig kritisiert. Woher kommt der Sinneswandel?



Baublies

**Baublies:** Nach zwei Jahren mit Gesprächen, Vorstand-Workshops, Mediationsrunden und einer Schlichtung muss man irgendwann einsehen, dass das Ergebnis immer dasselbe ist: Man kommt an das tote Ende.

**SPIEGEL:** Warum ist eine Einigung so schwer?

**Baublies:** Die Lufthansa will beim Thema Betriebsrente und Übergangsvorsorge offenbar das Beste aus allen Welten: Flugbegleiter verdienen lange vergleichsweise wenig, erst gegen Ende der Karriere steigt das Gehalt. Damit aber finanziert sich die Alters- und Übergangsvorsorge quasi selbst: Wenn einer früher geht, rückt jemand Billigeres nach. Nur deswegen haben wir Einstiegsgehältern von rund 1400 Euro zugestimmt.

**SPIEGEL:** Andere Arbeitnehmer können von einer Frührente mit 55 nur träumen.

**Baublies:** Flugbegleiter ist nun mal ein besonderer Job. Da ist nicht mehr jeder mit 67 noch fit, nicht jeder verträgt dauerhaft 14-Stunden-Schichten. Wer die Gesundheitschecks nicht schafft, muss aufhören – und Schreibtischjobs als Ersatz gibt es bei der Lufthansa nicht. did

## Investments Bank unter „Land- grabbing“-Verdacht

Die niederländische Rabobank wird verdächtigt, massiv in zweifelhafte Landgeschäfte in Rumänien verwickelt zu sein. Nach Recherchen des Onlinedienstes De Correspondent und des „Rumänischen Zentrums für investigativen Journalismus“ hat die Rabobank seit 2011 über 25 000 Hektar Ackerfläche in Rumänien erworben. Das als „Landgrabbing“



Bauern in Rumänien

bezeichnete Aufkaufen von Land ist umstritten, weil sich ausländische Investoren heimische Flächen aneignen und durch die Verpachtung an Großbauern entsprechend Rendite erwirtschaften. Die Geschäfte werden durch die bankeigene, gut 600 Millionen Euro schwere Fondsgesellschaft Rabo Farm abgewickelt. Inzwischen werden etwa ein Dutzend Fälle von rumänischen Ermittlern durchleuchtet. Windige Geschäftemacher sollen Kleinbauern genötigt haben, ihr

Land zu Dumpingpreisen zu verkaufen, um es dann später an ein rumänisches Tochterunternehmen von Rabo Farm zu veräußern. Die Fondsgesellschaft verweist auf die sogenannte Due Diligence, mit der die Bank Zwischenhändler und Verkäufer prüfe. Unter den Pächtern war allerdings auch ein Unternehmer, der inzwischen im Zusammenhang mit Sklavenarbeit verurteilt ist. Da der Landwirt Berufung eingelegt habe, so die Bank, gelte weiterhin die Unschuldsvermutung. nkl